

Regierungserklärung im Landtag von Sachsen-Anhalt

Böhmer will Betrieben helfen, warnt aber vor zu viel Schulden

Von Michael Bock



Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) gestern bei seiner Regierungserklärung im Plenarsaal des Landtags.
Foto: Uli Lücke

Magdeburg. Angesichts der Finanzkrise muss sich Sachsen-Anhalt nach den Worten von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) auf niedrigere Wachstumszahlen einrichten. Einige Autozulieferer hätten Absatzprobleme und vereinzelt schon Kurzarbeit beantragt, sagte er gestern in einer Regierungserklärung im Landtag. Zugleich bekräftigte Böhmer die Bereitschaft des Landes, der Wirtschaft zu helfen.

Böhmer sagte, es sei " relativ leicht ", Betrieben zu helfen, die zwar Aufträge und Umsatz, aber kein Eigenkapital hätten. Für diese Unternehmen stünden Darlehens- sowie Bürgschafts- und Beteiligungsprogramme zur Verfügung. Zudem wolle das Land bereits geplante und vorbereitete Investitionen " so schnell wie möglich " umsetzen, erklärte der Ministerpräsident.

Gleichzeitig warnte Böhmer davor, eine " ungebremste Neuverschuldung " in Kauf zu nehmen. Das Land hat derzeit eine Gesamtverschuldung von rund 20 Milliarden Euro.

Böhmer wies zudem darauf hin, dass das Land nicht jedes Unternehmen unterstützen könne. " Wir werden Betrieben nur sehr begrenzt helfen können, deren Produkte nicht mehr gefragt sind ", kündigte der Regierungschef an. Mit Hilfe von Angeboten etwa zur Innovationsförderung müssten diese auf Änderungen des Marktes reagieren.

Linke-Fraktionschef Wulf Gallert forderte mehr Aktivitäten des Landes und stellte ein elf Punkte umfassendes Konjunkturprogramm vor. Demnach setzt die Linke auch auf eine höhere Kaufkraft.

Das Land solle sich deshalb für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro pro Stunde einsetzen, forderte Gallert. Und: In den Jahren 2009 bis 2011 sollten jährlich 700 Landesbedienstete eingestellt werden. Ziel sei es, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und eine verstärkte Abwanderung zu verhindern. Gallert verlangte zudem, auf den Eigenanteil der Kommunen bei der Umsetzung des Konjunkturpakets zu verzichten.

SPD-Fraktionschefin Katrin Budde sagte: " Ich sehe das Land in der Pflicht mitzuhelfen, dass die Kommunen die Bundesmittel voll ausschöpfen können. " In diesem Zusammenhang brachte Böhmer ein " kommunales Kof - nanzierungsdarlehen für finanzschwache Gemeinden " ins Spiel. Budde forderte indes eine " Investitionsoffensive " bei Bildung und Infrastruktur. Mit Blick auf die Finanzkrise sagte sie: " Wir müssen den Markt regulieren. Das gilt besonders für die völlig aus dem Ruder gelaufene Finanzwirtschaft. " Auch CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf sagte: " Wir brauchen weltweit mehr Transparenz und internationale Spielregeln für die Banken. "

Der FDP-Fraktionvorsitzende Veit Wolpert kritisierte, das Konjunkturpaket II sei " nur ein Tropfen auf den heißen Stein ".

- ♦ Sachsen-Anhalt: Ist Böhmer in der Krise zu geizig? Harter Streit um Schuld und Schulden
- ♦ Kommentar: Keine Patentlösungen

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2009

Dokument erstellt am 23.01.2009 um 06:05:27 Uhr

Erscheinungsdatum 23.01.2009 | Ausgabe: mdx